

# Inhaltsübersicht

<b>Vorwort</b> .....	V
<b>Inhalt</b> .....	IX
<b>Einleitung</b> .....	1
A. Wesentliche Änderungen .....	3
B. Hintergrund und Bedeutung der vereinheitlichten Regelungen .....	5
C. Thema und Aufbau der Arbeit .....	7
<b>1. Teil</b> <b>Geschichte der EU ErbVO</b> .....	13
<b>2. Teil</b> <b>Das auf die Rechtsnachfolge von Todes wegen anwendbare Erbstatut</b> .....	19
<b>Kapitel 1</b> <b>Wechsel vom Staatsangehörigkeitsprinzip zum Aufenthaltsprinzip</b> .....	19
A. Der deutsche Rechtsgrundsatz .....	19
B. Die Neuregelung der EU ErbVO .....	21
C. Grundsätzliche Probleme der Neuregelung .....	29
D. Lösungsansätze .....	45
E. Zusammenfassung des 1. Kapitels .....	91
<b>Kapitel 2</b> <b>Erbvertrag und Erbvertragsstatut</b> .....	93
A. Die kollisionsrechtliche Behandlung von Erbverträgen nach dem EGBGB .....	94
B. Die kollisionsrechtliche Behandlung des Erbvertrags nach der EU ErbVO .....	95
<b>Kapitel 3</b> <b>Die Qualifikation des gemeinschaftlichen Testaments</b> .....	122
A. Auslegung anhand des Wortlauts .....	125
B. Systematische Auslegung .....	132
C. Normzweck .....	136
D. Historische Auslegung .....	144
E. Anwendung der EU ErbVO auf gemeinschaftliche Testamente nach deutschem Recht .....	148
F. Fazit .....	158
<b>Kapitel 4</b> <b>Rechtsgeschäfte unter Lebenden auf den Todesfall</b> .....	162
A. Der Erbverzicht .....	162
B. Der Pflichtteilsverzicht .....	170
C. Der Zuwendungsverzicht .....	171
D. Schenkungsversprechen von Todes wegen .....	178

E.	Verträge zugunsten Dritter auf den Todesfall	182
F.	Erbschaftskauf und Erbschaftsvertrag	185
<b>3. Teil</b>	<b>Der Schutz der staatlichen Ordnungsfunktion im Erbrecht</b>	<b>189</b>
<b>Kapitel 5</b>	<b>Die Ordnungsfunktion des materiellen Erbrechts und ihr Schutz durch den Ordre Public-Vorbehalt</b>	<b>189</b>
A.	Fehlender Wechsel des gewöhnlichen Aufenthalts	193
B.	Gesetzesumgehung (Fraus legis)	195
C.	Ordre Public	198
D.	Zusammenfassung und Ergebnisse des 5. Kapitels	247
<b>Kapitel 6</b>	<b>Das Verhältnis des Erbstatuts zu anderen Rechtsgebieten</b>	<b>249</b>
A.	Kohärenz zum Ehegüterrecht	249
B.	Kohärenz zum Schuldrecht	251
C.	Kohärenz zum Sachenrecht	253
D.	Fazit des 6. Kapitels	290
<b>4. Teil</b>	<b>Die Notwendigkeit eines Erbnachweises im Zuge der Nachlassabwicklung</b>	<b>291</b>
<b>Kapitel 7</b>	<b>Europäisches Nachlasszeugnis und deutscher Erbschein</b>	<b>291</b>
A.	Die Funktion des Erbnachweises	291
B.	Das Verhältnis von deutschem Erbschein und Europäischem Nachlasszeugnis	292
C.	Divergierende Erbnachweise	295
D.	Rechtsnachweis durch Nachlassgläubiger	314
<b>5. Teil</b>	<b>Zusammenfassung der Ergebnisse und Thesen</b>	<b>329</b>
	<b>Abkürzungen</b>	<b>337</b>
	<b>Literatur</b>	<b>339</b>
	<b>Sachregister</b>	<b>349</b>

# Inhalt

<b>Vorwort</b> . . . . .	V
<b>Inhaltsübersicht</b> . . . . .	VII
<b>Einleitung</b> . . . . .	1
A. <i>Wesentliche Änderungen</i> . . . . .	3
B. <i>Hintergrund und Bedeutung der vereinheitlichten Regelungen</i> . . . . .	5
C. <i>Thema und Aufbau der Arbeit</i> . . . . .	7
<b>1. Teil</b> <b>Geschichte der EU ErbVO</b> . . . . .	13
<b>2. Teil</b> <b>Das auf die Rechtsnachfolge von Todes wegen anwendbare Erbstatut</b> . . . . .	19
<b>Kapitel 1</b> <b>Wechsel vom Staatsangehörigkeitsprinzip zum Aufenthaltsprinzip</b> . . . . .	19
A. <i>Der deutsche Rechtsgrundsatz</i> . . . . .	19
B. <i>Die Neuregelung der EU ErbVO</i> . . . . .	21
I. Grundsätzliche Systematik . . . . .	21
II. Unterscheidung zwischen Mitgliedstaaten und Drittstaaten . . . . .	22
1. Allgemeine Erwägungen . . . . .	23
2. Systematik und Normzweck der einschlägigen Vorschriften . . . . .	24
a) Zuständigkeitsvorschriften . . . . .	24
b) Kollisionsrecht . . . . .	27
c) Ergebnis . . . . .	29
C. <i>Grundsätzliche Probleme der Neuregelung</i> . . . . .	29
I. Probleme des Statutenwechsels für den Erblasser . . . . .	30
1. Änderung der Erb- und Pflichtteilsquoten . . . . .	30
a) Erbrecht des Ehegatten . . . . .	30
b) Pflichtteilsrecht . . . . .	32
2. Auswirkung auf lebzeitig vorgenommene Zuwendungen . . . . .	33
a) Ausgleichung . . . . .	34
b) Anrechnung . . . . .	35
c) Pflichtteilsergänzung . . . . .	35
3. Erbrecht des eingetragenen Lebenspartners . . . . .	37
II. Probleme der Aufgabe des Staatsangehörigkeitsprinzips für den Rechtsanwender . . . . .	39
1. Der Begriff: des gewöhnlichen Aufenthalts . . . . .	39
a) Auslegungsbedürftigkeit des Aufenthaltsbegriffs . . . . .	39

b) Problemfälle . . . . .	40
c) Unterschiedliche Gewichtung der Auslegungskriterien denkbar . . . . .	41
2. Die Ausweichnorm des Art. 21 Abs. 2 EU ErbVO . . . . .	42
<i>D. Lösungsansätze . . . . .</i>	45
I. Kollisionsrechtliche Ausweichklausel . . . . .	46
II. Vertrauensschutz durch ein hypothetisches Erbstatut als Testamentsstatut . . . . .	47
1. Vergleich zur bisherigen Rechtslage . . . . .	48
a) Anwendbarkeit der Ausweichnorm im Rahmen des Errichtungsstatuts . . . . .	49
b) Eingeschränkte Geltung drittstaatlichen Kollisionsrechts . . . . .	49
2. Reichweite des Testamentserrichtungsstatuts . . . . .	51
3. Schutz des Testamentsinhalts über das Testamentserrichtungsstatut? . . . . .	53
a) Verhältnis von Errichtungsstatut und allgemeinem Erbstatut . . . . .	53
b) Qualifikation des Testamentsinhalts . . . . .	54
4. Schutz über Auslegungsgrundsätze . . . . .	56
5. Schutz über die Annahme einer konkludenten Rechtswahl . . . . .	56
a) Erblasserwille . . . . .	58
b) Form . . . . .	59
6. Das Verhältnis der Schutzmechanismen zueinander . . . . .	60
III. Vertrauensschutz durch Übergangsbestimmungen . . . . .	62
1. Schutz einer Rechtswahl gem. Art. 82 Abs. 2 . . . . .	63
2. Schutz wirksam errichteter Testamente gem. Art. 82 Abs. 3 . . . . .	64
a) Auslegung des Anwendungsbereichs der Norm . . . . .	64
b) Kein Schutz des Testamentsinhalts . . . . .	65
3. Rechtswahlfiktion nach Art. 83 Abs. 4 . . . . .	67
a) Bedeutung der Norm . . . . .	67
b) Voraussetzungen der Norm . . . . .	68
IV. Die Möglichkeit der Wahl des Heimatrechts . . . . .	69
1. Voraussetzungen der Rechtswahl . . . . .	70
2. Wahl des Heimatrechts . . . . .	70
3. Grundsätzlich keine Teilrechtswahl . . . . .	72
4. Bedeutung der Rechtswahlmöglichkeit . . . . .	74
a) Dogmatische Rechtfertigung des Rechtswahlerfordernisses . . . . .	75
b) Empirische Rechtfertigung . . . . .	76
c) Vereinfachungen durch die Einführung von Art. 22 EU ErbVO . . . . .	78
5. Praktische Probleme der Neuregelung . . . . .	80
6. Rechtliche Probleme der Neuregelung . . . . .	81
a) Verhältnis zum Güterrecht . . . . .	81
b) Anknüpfung von Vorfragen . . . . .	83
c) Die Situation für eingetragene Lebenspartner . . . . .	85
aa) Vorfragenanknüpfung bezüglich des Bestands der Lebenspartnerschaft . . . . .	86
bb) Probleme im Verhältnis zu Drittstaaten . . . . .	87
cc) Rechtslage im Verhältnis zu Mitgliedstaaten . . . . .	88
dd) Korrektur durch den ordre public-Vorbehalt? . . . . .	91
<i>E. Zusammenfassung des 1. Kapitels . . . . .</i>	91

<b>Kapitel 2 Erbvertrag und Erbvertragsstatut</b> . . . . .	93
<i>A. Die kollisionsrechtliche Behandlung von Erbverträgen nach dem EGBGB</i> . . . . .	94
<i>B. Die kollisionsrechtliche Behandlung des Erbvertrags nach der EU ErbVO</i> . . . . .	95
I. Der Begriff des Erbvertrags . . . . .	95
II. Das Erbvertragsstatut gem. Art. 25 EU ErbVO . . . . .	96
1. Systematische Einordnung der Norm . . . . .	96
2. Bedeutung der Norm . . . . .	98
3. Unterscheidung zwischen einseitigen und mehrseitigen Erbverträgen . . . . .	99
4. Rechtswahlmöglichkeit . . . . .	101
III. Probleme der Regelung . . . . .	104
1. Bestand und Reichweite des Erbvertragsstatuts . . . . .	104
2. Nachträglicher Widerruf einer Rechtswahl . . . . .	106
a) Ausgangslage . . . . .	106
b) Rechtswahl nach Art. 25 Abs. 3 EU ErbVO . . . . .	107
c) Rechtswahl nach Art. 22 EU ErbVO . . . . .	108
d) Konsequenz . . . . .	110
3. Bestimmung der engsten Verbindung bei Erbverträgen mit mehreren Erblässern . . . . .	111
4. Anwendbarkeit der Übergangsvorschrift Art. 83 EU ErbVO auf Erbverträge und deren Bindungswirkung . . . . .	113
a) Problem . . . . .	113
b) Analogie zu Art. 83 Abs. 3 . . . . .	114
c) Rechtswahlfiktion . . . . .	115
IV. Vorteile der Regelung im Verhältnis zur alten Rechtslage . . . . .	118
1. Situation für deutsche Erblasser . . . . .	118
2. Ausländische Erblasser . . . . .	119
3. Gemischtnationale Erblasser . . . . .	120
4. Zusammenfassung . . . . .	121
 <b>Kapitel 3 Die Qualifikation des gemeinschaftlichen Testaments</b> . . . . .	 122
<i>A. Auslegung anhand des Wortlauts</i> . . . . .	125
I. Begründung von Rechten am Nachlass . . . . .	126
II. Das gemeinschaftliche Testament als Vereinbarung . . . . .	128
1. Wechselbezüglichkeit als Form der Vereinbarung . . . . .	128
2. Sogenannte »einseitige Wechselbezüglichkeit« . . . . .	129
<i>B. Systematische Auslegung</i> . . . . .	132
I. Die Systematik des Art. 3 Abs. 1 d) EU ErbVO . . . . .	132
II. Die Begriffsbestimmung des Erbvertrags gem. Art. 3 Abs. 1 b) EU ErbVO . . . . .	134
III. Das Verhältnis von Art. 3 Abs. 1 lit. d) und Art. 24 f. EU ErbVO . . . . .	135
IV. Ergebnis der systematischen Auslegung . . . . .	135
<i>C. Normzweck</i> . . . . .	136
I. Schutz der Bindungswirkung . . . . .	136
II. Mehrseitige Verfügungen . . . . .	139
1. Regelung beim Erbvertrag . . . . .	139
2. Übertragung auf gemeinschaftliche Testamente . . . . .	139

III. Rechtswahlmöglichkeit	141
1. Situation beim Erbvertrag	141
2. Situation beim gemeinschaftlichen Testament	141
3. Austauschbarkeit von Erbvertrag und gemeinschaftlichem Testament	142
IV. Ergebnis der am Normzweck orientierten Auslegung	144
<i>D. Historische Auslegung</i>	144
I. Erster Kommissionsentwurf	144
II. Weiteres Normsetzungsverfahren	145
III. Verhältnis zum Haager Testamentsformübereinkommen	146
<i>E. Anwendung der EU ErbVO auf gemeinschaftliche Testamente nach deutschem Recht</i>	148
I. Einheitliche Urkunde mit wechselbezüglichen Verfügungen	149
1. Gemeinschaftliche Testamente mit wechselbezüglichen und einseitigen Verfügungen	149
2. Qualifikation von Verbotsnormen	150
a) Bedeutung der Rechtsfrage	151
b) Entscheidung des Meinungsstreits	152
II. Getrennte Urkunden mit wechselbezüglichen Verfügungen	154
III. Einheitliche Urkunde ohne wechselbezügliche Verfügungen	155
1. Verhältnis der Verfügungen zueinander	155
2. Qualifikation von Verbotsnormen	156
IV. Getrennte Urkunden ohne wechselbezügliche Verfügungen	157
<i>F. Fazit</i>	158
I. Rechtssicherheit für deutsche Erblasser?	158
II. Erleichterter Zugang für ausländische Ehegatten	159
III. Praktische Auswirkungen auf die Anwendbarkeit formeller Verbotsvorschriften	160
<b>Kapitel 4 Rechtsgeschäfte unter Lebenden auf den Todesfall</b>	162
<i>A. Der Erbverzicht</i>	162
I. Die Qualifikation des Erbverzichts als Erbvertrag im Sinne der Verordnung	164
II. Reichweite des Erbvertragsstatuts	166
1. Beschränkte Reichweite des Erbvertragsstatuts	166
2. Besonderheit des Erbverzichts	168
<i>B. Der Pflichtteilsverzicht</i>	170
<i>C. Der Zuwendungsverzicht</i>	171
I. Auslegung anhand des Wortlauts und Folgen	172
II. Lösung über die Grundsätze der Anpassung	174
1. Lösung auf materiellrechtlicher Ebene	175
2. Lösung auf kollisionsrechtlicher Ebene	175
a) Keine selbständige Anknüpfung des Erbverzichts?	175
b) Annahme einer konkludenten Rechtswahl?	176
c) Lösung über Erweiterung des Erbvertragsstatuts	177
<i>D. Schenkungsversprechen von Todes wegen</i>	178

I.	Normative Bedeutung der Rechtsfigur . . . . .	178
II.	Kollisionsrechtliche Behandlung . . . . .	179
III.	Abgrenzungsfragen . . . . .	180
E.	<i>Verträge zugunsten Dritter auf den Todesfall</i> . . . . .	182
F.	<i>Erbschafts Kauf und Erbschaftsvertrag</i> . . . . .	185
I.	Qualifikation als Erbvertrag? . . . . .	185
II.	Erbrechtliche oder schuldrechtliche Qualifikation? . . . . .	186
<b>3. Teil</b>	<b>Der Schutz der staatlichen Ordnungsfunktion im Erbrecht</b> . . . . .	<b>189</b>
<b>Kapitel 5</b>	<b>Die Ordnungsfunktion des materiellen Erbrechts und ihr Schutz durch den Ordre Public-Vorbehalt</b> . . . . .	<b>189</b>
A.	<i>Fehlender Wechsel des gewöhnlichen Aufenthalts</i> . . . . .	193
B.	<i>Gesetzesumgehung (Fraus legis)</i> . . . . .	195
C.	<i>Ordre Public</i> . . . . .	198
I.	Zweck des ordre public-Vorbehalts . . . . .	199
II.	Anwendungsgrundsätze des ordre public . . . . .	199
III.	Der ordre public im Rahmen der EU ErbVO . . . . .	201
IV.	Ordre public und (fehlendes) Pflichtteilsrecht . . . . .	202
1.	Bisheriger Meinungsstand . . . . .	202
2.	Auswirkungen der EU ErbVO . . . . .	205
a)	Änderung der Rechtslage . . . . .	205
b)	Verhältnis des ordre public-Vorbehalts zu anderen Rechtsinstituten . . . . .	207
3.	Anwendung von Art. 35 EU ErbVO auf das Pflichtteilsrecht . . . . .	208
a)	1. Stufe: Autonome Auslegung von Art. 35 EU ErbVO . . . . .	209
aa)	Entstehungsgeschichte der Norm . . . . .	211
bb)	Systematische Erwägungen . . . . .	215
cc)	Ergebnis der autonomen Auslegung . . . . .	216
b)	2. Stufe: Nationales Rechtsverständnis . . . . .	216
aa)	Verfassungsrechtliche Vorgaben . . . . .	217
bb)	Kollisionsrechtliche Sachverhaltsalternativen . . . . .	220
cc)	Kompensationsmöglichkeiten . . . . .	223
c)	Rechtsfolgen eines ordre public-Verstoßes . . . . .	225
d)	Internationale Notzuständigkeit? . . . . .	227
aa)	Rechtswahlfälle . . . . .	228
bb)	Wegzugsfälle . . . . .	229
aaa)	Notzuständigkeit kraft Europarechts? . . . . .	231
bbb)	Notzuständigkeit kraft nationalen Rechts . . . . .	235
4.	Ergebnis . . . . .	238
V.	Ordre public und Testierfreiheit . . . . .	239
1.	Autonome Auslegung von Art. 35 EU ErbVO . . . . .	239
2.	Nationales Rechtsverständnis . . . . .	240
VI.	Ordre public und Erbrecht des eingetragenen Lebenspartners . . . . .	242
1.	Autonome Auslegung von Art. 35 EU ErbVO . . . . .	242
2.	Nationales Rechtsverständnis . . . . .	243

a) Das Diskriminierungsverbot des Art. 3 GG . . . . .	243
b) Relevanz für grenzüberschreitende Sachverhalte . . . . .	244
c) Zuständigkeitsfragen . . . . .	245
<i>D. Zusammenfassung und Ergebnisse des 5. Kapitels . . . . .</i>	<i>247</i>
<b>Kapitel 6 Das Verhältnis des Erbstatuts zu anderen Rechtsgebieten . . . . .</b>	<b>249</b>
<i>A. Kohärenz zum Ehegüterrecht . . . . .</i>	<i>249</i>
I. Ausgangslage . . . . .	249
II. Rechtslage unter Geltung der EU ErbVO . . . . .	250
<i>B. Kohärenz zum Schuldrecht . . . . .</i>	<i>251</i>
I. Verhältnis von Erbrecht und Schuldrecht . . . . .	251
II. Rechtslage unter Geltung der EU ErbVO . . . . .	252
<i>C. Kohärenz zum Sachenrecht . . . . .</i>	<i>253</i>
I. Verhältnis von Erbrecht und Sachenrecht . . . . .	253
1. Fremde Rechtsinstitute . . . . .	254
2. Fremde Übertragungswege . . . . .	255
II. Rechtslage vor Inkrafttreten der EU ErbVO . . . . .	256
III. Grundsätzlich neue Rechtslage nach Inkrafttreten der EU ErbVO . . . . .	258
IV. Numerus clausus der Sachenrechte . . . . .	259
1. Grundsatz . . . . .	259
2. Der testamentary trust als Beispiel . . . . .	259
a) Anwendbarkeit der EU ErbVO auf den trust . . . . .	259
b) Anwendbarkeit des Erbstatuts hinsichtlich des Rechtsübergangs . . . . .	261
c) Anpassung . . . . .	262
V. Numerus Clausus der Übertragungswege . . . . .	263
1. Anwendungsbereich der Verordnung, Art. 1 Abs. 2 k) EU ErbVO . . . . .	263
2. Möglicher Ordre Public-Verstoß? . . . . .	264
3. Anpassung gem. Art. 31 EU ErbVO . . . . .	266
4. Einschränkung für registrierungspflichtige Rechte gem. Art. 1 Abs. 2 l) EU ErbVO? . . . . .	267
a) Registrierungspflichtige Gegenstände . . . . .	268
b) Beschränkung der Norm auf das formelle Registerverfahrensrecht? . . . . .	269
aa) Wortlaut der Norm . . . . .	269
bb) Systematische Erwägungen . . . . .	271
cc) Normzweck und Entstehungsgeschichte . . . . .	273
aaa) Erster Kommissionsentwurf . . . . .	273
bbb) Grünbuch der Kommission zum Erb- und Testamentsrecht . . . . .	274
ccc) Vorschlag des Rechtsausschusses . . . . .	275
ddd) Finale Fassung . . . . .	277
dd) Relativierung des Wortlauts und der Systematik . . . . .	279
5. Zwischenergebnis . . . . .	282
6. Möglicher Normenmangel bei Anwendbarkeit deutschen Erbrechts . . . . .	283
a) Grundsätzliche Erwägungen . . . . .	283
b) Lösungsansatz auf der Grundlage der EU ErbVO . . . . .	284
7. Berichtigung des deutschen Grundbuchs aufgrund französischer Erbauseinandersetzung? . . . . .	286

a) Problemstellung	286
b) Lösungsansatz	287
aa) Vorrang des Sachenrechtsstatuts	287
bb) Möglichkeit der Substitution	288
c) Ergebnis	290
D. <i>Fazit des 6. Kapitels</i>	290
<b>4. Teil Die Notwendigkeit eines Erbnachweises im Zuge der Nachlassabwicklung</b>	291
<b>Kapitel 7 Europäisches Nachlasszeugnis und deutscher Erbschein</b>	291
A. <i>Die Funktion des Erbnachweises</i>	291
B. <i>Das Verhältnis von deutschem Erbschein und Europäischem Nachlasszeugnis</i>	292
C. <i>Divergierende Erbnachweise</i>	295
I. Denkbare Sachverhaltskonstellationen	295
1. Theorie: Gleichlauf der Zuständigkeitsvorschriften	295
2. Rechtswirklichkeit: Zuständigkeitskonflikte denkbar	297
II. Rechtsfolgen divergierender Erbnachweise	299
1. Einfluss von Art. 62 Abs. 3 EU ErbVO	300
a) Fehlende Aufhebung eines zeitlich früheren Erbnachweises	300
b) Vorrang des Gemeinschaftsrechts	301
aa) Einschränkung nationaler Erbnachweise	301
bb) Einschränkung des Europäischen Nachlasszeugnisses	302
2. Fehlende Gegenseitigkeit als entscheidendes Kriterium?	303
3. Das Europäische Nachlasszeugnis als objektiver Rechtsscheinsträger	304
4. Reichweite des öffentlichen Glaubens	307
a) Schutz des gutgläubigen Erwerbs	307
b) Vermutungswirkung bezüglich einzelner Nachlassgegenstände	308
aa) Beschränkter Inhalt eines deutschen Erbscheins	309
bb) Einschränkungen eines gutgläubigen Erwerbs	309
III. Ergebnis	313
D. <i>Rechtsnachweis durch Nachlassgläubiger</i>	314
I. Das Problem	314
II. Denkbare Lösungsmöglichkeiten	317
1. Rückgriff auf die nationalen Vorschriften zur internationalen Zuständigkeit	317
2. Antrag der Gläubiger nach Art. 6 lit. a) EU ErbVO	318
3. Lösung vor den nach Art. 4 EU ErbVO zuständigen Gerichten	319
4. Eigenes Antragsrecht des Gläubigers	320
5. Anspruch gegen den Erben auf Antragstellung	321
a) Anspruchsgrundlage	321
b) Rechtsdurchsetzung	324
6. Alternative Wege	325
III. Fazit	327

<b>5. Teil Zusammenfassung der Ergebnisse und Thesen</b> .....	329
<b>Abkürzungen</b> .....	337
<b>Literatur</b> .....	339
<b>Sachregister</b> .....	349